

 WISSEN

C.H. BECK

Klaus Kreiser

GESCHICHTE DER TÜRKEI



Von Atatürk
bis zur Gegenwart

Zum Buch

Die moderne Türkei entstand auf den Trümmern des Osmanischen Reiches. Nach der Gründung der Republik im Jahr 1923 entwickelte sich das Land in wenigen Generationen zum bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Staat der Region. Klaus Kreiser beschreibt die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes und erklärt die wichtigsten innen- und außenpolitischen Spannungsfelder, die das Land heute in Atem halten: der wachsende Einfluss des Islams, der Umgang mit Minderheiten und Flüchtlingen, die Rolle der Türkei im syrischen Bürgerkrieg sowie das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn.

Über den Autor

Klaus Kreiser ist Professor em. für Türkische Sprache, Geschichte und Kultur. Bei C.H.Beck erschienen von ihm u.a. «Atatürk. Eine Biographie» (C.H.Beck Paperback, 2. Aufl. 2014) sowie «Geschichte Istanbuls» (2010).

Inhalt

Vorbemerkung

Karten

Vorwort

1. Das Osmanische Reich in einer Nussschale?
2. Die Republik vor der Republik (1920–1923)
3. Revolutionen und Reformen (1923–1928)
4. Von der Überzeugung zum Zwang (1928–1938)
5. Zwischen Wölfen: Erfolgreiche Neutralität (1938–1945)
6. Ein demokratisches Experiment (1945–1960)
7. Verlorene Jahrzehnte? (1960–1980)
8. Vom Putsch des Generals Evren bis zu den Wahlsiegen Erdoğan's (1980–2020)

Zeittafel

Literaturhinweise

Personenregister

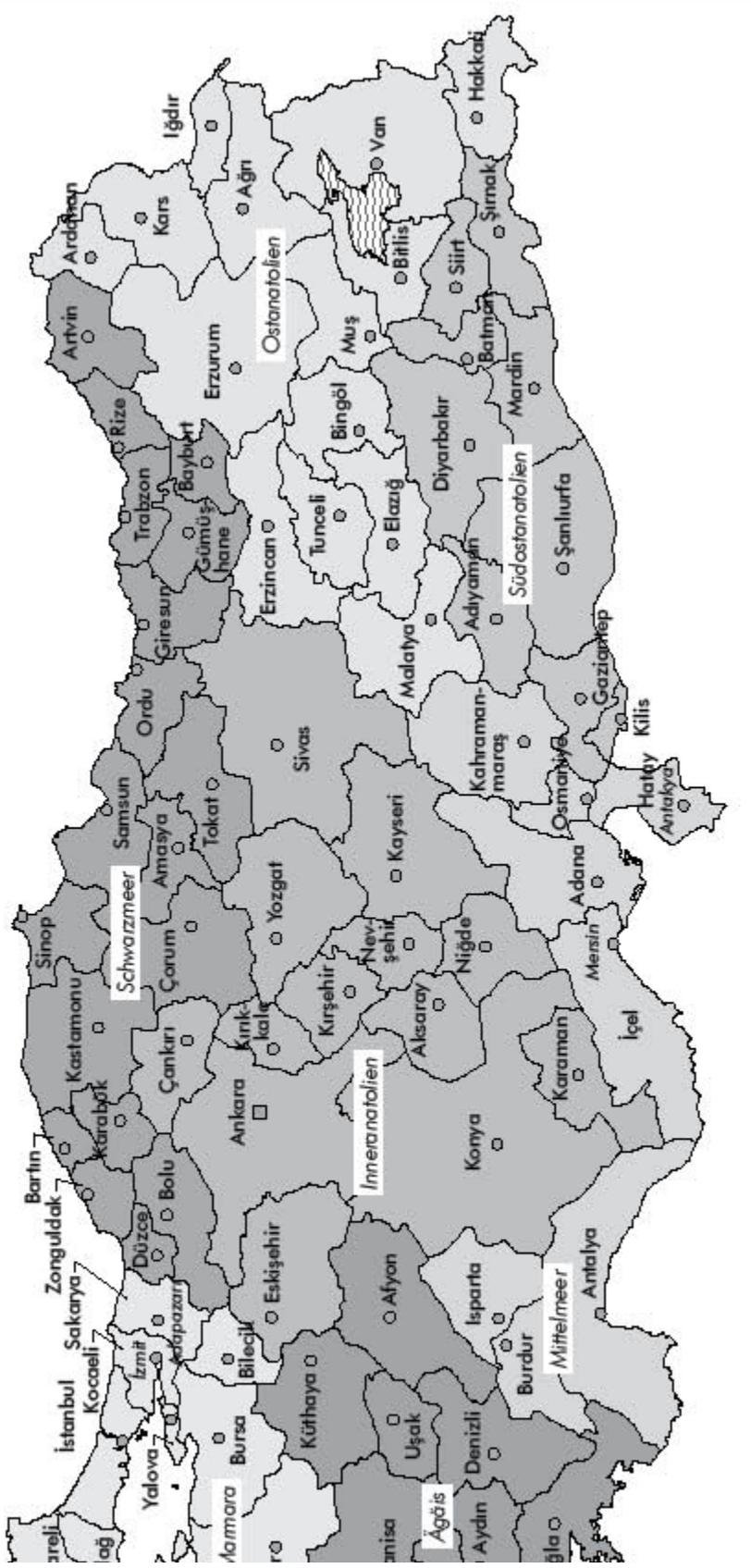
Geographisches Register

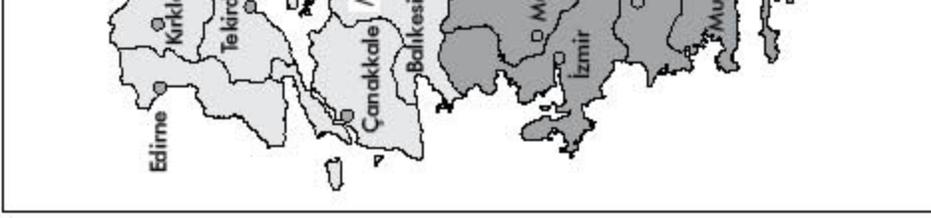
Karten



Die Türkei beim Tod Atatürks 1938

Regionen und Provinzen der Türkei





Vorbemerkung

Vorbemerkung: Türkische Familiennamen werden im Interesse eines besseren Verständnisses auch bei der Darstellung von Ereignissen vor ihrer Einführung (1934/35) verwendet. Mustafa Kemal wird dementsprechend schon vor 1935 als Atatürk bezeichnet.

Vorwort

Die Gründung der Republik Türkei im Jahr 1923 war gewiss das wichtigste Datum zur historischen Abgrenzung gegenüber dem über 600 Jahre alten Osmanischen Staat. Aber auch die jungtürkische Revolution von 1908, mit der viele Reformen eingeleitet wurden, der Beginn des anatolischen Widerstands gegen die griechische Besatzung (1919) und das 1925 erlassene «Gesetz zur Wiederherstellung der Ordnung» bildeten einschneidende Wendepunkte. Von der türkischen und ausländischen Historiographie wurde diese Vor- und Frühgeschichte der Republik lange unter der Überschrift Widerstand, Rebellion und Revolution vermittelt. Die von Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938) und seinen Mitstreitern angestoßenen Umwälzungen kann man, je nach Einstellung, als zivilisierende und demokratische Revolutionen bewerten, als wohlwollende Erziehungsdiktatur oder als jakobinische Exzesse – die wichtigste Zäsur stellten sie unbestritten dar. Jedenfalls waren es weder bürgerliche noch bäuerliche, schon gar nicht proletarische Revolutionen, die aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches wieder den wichtigsten Staat zwischen Südosteuropa und dem Nahen Orient gemacht haben, sondern die Projekte einer Elite aus Militärs und Bürokraten. Die Türkei hat sich nach 1922 an keinem bewaffneten Konflikt mehr beteiligt, wenn man von der Korea-Mission unter der Ägide der Vereinten Nationen (1950–1953) und der Besetzung von Teilen Zyperns (1974) absieht. Die von Atatürk und seinem Nachfolger İsmet İnönü (1884–1973) verfolgte Balancepolitik, die eher auf Sicherheitspakte als auf Aufrüstung setzte, bestand ihre Belastungsprobe im Zweiten Weltkrieg. Ab den 1950er Jahren trieb das Land konsequent die Integration in westliche und globale Bündnissysteme voran. Die kemalistische Einparteien-Herrschaft wurde fast reibungslos in eine parlamentarische Demokratie übergeführt.

Das türkische Parteiensystem ist durch zwei große, nicht allzu starre Blöcke charakterisiert, deren Wurzeln in die spätosmanische

Zeit zurückverfolgt werden können und deren Gegensätze nur in der Phase der Einheitspartei (1926–1946) kaschiert wurden. Auf der einen Seite stehen die laizistische «Volkspartei» und ihre Nachfolger, mit der sich Städter im Westen des Landes, Militär, Bürokratie, Hochschulangehörige und ein Teil der Arbeiterschaft identifizieren und die letztlich in der jungtürkischen «Gesellschaft für Einheit und Fortschritt» ihren Vorgänger hat. Auf der anderen Seite befinden sich die konservativen Kräfte, die von der anti-zentralistischen, in religiösen Fragen versöhnlichen sogenannten «Zweiten Gruppe» bzw. den kurzfristig geduldeten Oppositionsparteien im Kemalismus ausgingen. Sie repräsentieren die Achse «Demokratische Partei», «Gerechtigkeitspartei», «Partei des Rechten Wegs» und «Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung». Die Führer beider Richtungen waren freilich zwischen 1960 und 2002 gezwungen, Koalitionen mit kleineren Parteien einzugehen. Als Schnittmenge aller relevanten Gruppen (mit Ausnahme der Kurden) bildet indes der türkische Nationalismus die wichtigste Voraussetzung für das Fortleben des Systems nach über 60 Regierungswechseln seit 1920.

Die neue Türkei verschrieb sich von Anfang an keiner starren Wirtschaftsdoktrin. Zu ihrem Erfolgsrezept gehörte, dass sie sich – nicht ohne ausländische Beratung und Unterstützung – letztlich selbst entwickeln musste. Da keine nennenswerten Erdölressourcen vorhanden sind, blieb ihr das Schicksal erspart, zum Renten-Staat zu verkommen. Ihre Wirtschaft, deren Industrialisierung auf schmalster Basis erfolgte, ist längst nicht mehr einseitig von Erträgen aus Ackerbau und Viehzucht abhängig. Der Tourismus ist eine wichtige, aber keine tragende Säule. Transferleistungen der türkischen Diaspora haben nicht mehr die Bedeutung wie in früheren Jahrzehnten.

Neben den zivilen Regierungen bewahrten die Streitkräfte auch nach einem letzten autoritären Zwischenspiel (1980–1983) ihre Sonderrolle bis in die unmittelbare Gegenwart. Militärische Interventionen und Ausnahmezustände prägten fast ein Drittel der republikanischen Periode. Seit 2002 gibt es eine Regierung, die auf islamische Werte setzt. Damit endet eine Epoche, in welcher der Staat gegenüber seinen muslimischen Bürgern die Rolle des

Religionslosen einnahm. Freilich fährt er fort, gegenüber den Nichtmuslimen und den heterodoxen Aleviten, deren Anteil an der Bevölkerung 10, höchstens 20 % betragen mag, sein sunnitische Gesicht zu zeigen. Angesichts einer anhaltend günstigen wirtschaftlichen Entwicklung wächst in Ankara die Überzeugung, dass die Türkei beim Jubiläum zum hundertjährigen Bestehen der Republik im Jahr 2023 global eine aktive Rolle einnehmen wird.

In diesem Buch bemühe ich mich, den Weg der Türkei und ihrer Menschen zwischen 1920 und der Gegenwart darzustellen. Ohne zentrale Gegenstände wie die Integration in westliche Bündnissysteme, die Rolle des Islams oder die Kurdenfrage zu vernachlässigen, wende ich mich auch Themen zu, die in vielen Überblickswerken zu kurz kommen, wie zum Beispiel der Entwicklung im ländlichen Raum, dem West-Ost-Gefälle und dem Bildungswesen. «Voraussagen» über die Zukunft gehören ebenso wenig in eine historische Darstellung wie Lob und Tadel.

Hilfreiche Anmerkungen verdanke ich Wolf-Dietrich Hutter, Heike Jung, Christoph K. Neumann und Maurus Reinkowski.

1. Das Osmanische Reich in einer Nusschale?

Die amtliche Eigenbezeichnung Türkei bzw. *Türkiye* ist neu, obwohl der Name *Turchia* und davon abgeleitete Formen seit den Kreuzzügen außerhalb des Landes allgemein gebräuchlich waren. Die vorrepublikanische Türkei führte in staatlichen Dokumenten, auf Geldscheinen, Münzen und Briefmarken die Benennung «Erhabener Osmanischer Staat» (*Devlet-i Aliye-i Osmaniye*). Nach der kurzlebigen Variante *Türkiya* entschied man sich mit der Schriftreform von 1928 für *Türkiye*, eine Form, die zwischen einer arabisierenden Wortbildung und dem französischen *Turquie* vermittelt, das seit jeher als gleichbedeutend mit «Osmanisches Reich» verwendet wurde. Die Türkei war das erste islamische Land, das die Staatsform einer Republik (aus arab. *Cumhuriyet*, bis 1938 in der Form *Cümhuriyet*) annahm; ihr voller offizieller Name ist deshalb *Türkiye Cumhuriyeti*, abgekürzt *T. C.* Alle Bewohner dieser Republik waren im Sinne der Verfassung von 1924 «Türken», wobei ihre «Gleichheit vor dem Gesetz» bis heute eng ausgelegt wird. So verweigert das Verfassungsgericht beispielsweise Angehörigen von Minderheiten die Führung von Vor- und Nachnamen in ihren angestammten Sprachen (wie Kurdisch oder Aramäisch).

Die am 29. Oktober 1923 in Ankara ausgerufene Republik Türkei stellt sich dem Betrachter der Landkarte als ein Staat dar, der in größtenteils natürlichen Grenzen zwischen dem Schwarzen Meer, der Ägäis und dem Mittelmeer eingeschlossen ist. Manche Historiker erkennen in der Republik ein Osmanisches Reich *en miniature*, eine Art Kondensat nicht nur seiner Menschen, sondern auch von deren Sitten und Gebräuchen; andere sehen in ihr den nationalen Torso des ehemaligen Vielvölkerstaates. Entsprechend uneinheitlich sind die Antworten auf die Frage, ob auf dem Boden Anatoliens ein Schmelztiegel der religiösen und sprachlichen Gruppen entstanden ist oder ob wir vielmehr ein Mosaik aus den (nur sprichwörtlichen) «72 ½ Volksgruppen» vor uns haben.